

WESTDEUTSCHE ZEITUNG

UNABHÄNGIG KRITISCH ÜBERPARTEILICH

RENTE: Neues erleben im Ruhestand **S. 11**

INTERVIEW: Claudia Michelsen freut sich über jeden Preis **S. 6/14**



Lesen Sie heute alles

rund um den **WZ Club!**

Mittwoch, 20. 8. 2014 - D

WWW.WZ-NEWSLINE.DE

NR. 192 | 1,30 EURO

Düsseldorf

Das Wichtigste aus der Stadt

Unfall: 19-Jähriger rast in den Tod

In der Nacht zu Montag sind drei Jugendliche bei einem Verkehrsunfall in Gerresheim verunglückt. Zwei von ihnen wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht, für einen 19-Jährigen kam jede Hilfe zu spät. Er starb noch am Unfallort. Die Ursache ist noch unklar, Drogen sollen laut der Polizei nicht im Spiel gewesen sein. » **S. 15**

Pläne für zwei neue Gesamtschulen

Sollte die Ampelkoalition kommen, könnte sich für die Schulen viel ändern. Zwei neue Gesamtschulen sind möglich, auch für Grundschulen gibt es neue Konzepte. » **S. 16**

Stroux' Enkelin kommt nach Düsseldorf

Ab morgen probt Louisa Stroux am Düsseldorfer Schauspielhaus. Die Enkelin des legendären Intendanten Karl-Heinz Stroux ist neu im Ensemble. » **S. 25**

DAS WETTER

Sonne und Regen

Zunächst zeigt sich der Himmel über der Region heute freundlich mit wenigen Wolken. Zum Nachmittag nehmen diese aber zu, dann kann es örtlich Schauer und Gewitter geben. » **S. 14**

BÖRSE

INDEX	WERT	ÄNDERUNG
DAX	9334,28	(+0,96%)
DOW JONES (18.30 Uhr)	16917,19	(+0,47%)
BRENT (\$/BARREL)	101,56	(-0,55%)
EURO IN DOLLAR	1,3318	(-0,31%)

» **S. 12**

Proteste in Ferguson eskalieren

Ferguson. In der US-amerikanischen Kleinstadt Ferguson gerät die Lage außer Kontrolle. Auch deutsche Journalisten gerieten zwischen die Fronten. » **Tagesthemen S. 5**

30 000 Unterschriften gegen „Turbo-Abi“

Düsseldorf. Die Initiative gegen das „Turbo-Abi“ in NRW hat 30 000 Unterschriften gesammelt – 66 000 sind nötig, damit das Thema wieder in den Landtag kommt. » **Hier und Heute S. 3**

SO ERREICHEN SIE UNS

IHR KONTAKT ZUR REDAKTION
 REDAKTION Königsallee 27, 40212 Düsseldorf
 TELEFON 0211/8382-0 FAX 0211/8382-2392
 MAIL zentralredaktion@wz.de
 ONLINE wz.de

LESERSERVICE 0800/1 452452 (kostenlos aus d. dt. Festnetz und per Mobilfunk)
 Montag bis Freitag 6.30 - 16 Uhr, Samstag 6.30 - 12 Uhr
 ANZEIGEN 0211/8382-1

ÜBERSICHT	SEITEN
Fernsehen	6
Kultur	7
Aus aller Welt	8
Sport	9/10
Wirtschaft	12/13
Leben	11
Leute	14

EBOLA-VERDACHT Aufatmen nach Alarm in Berliner Jobcenter



Ebola-Alarm in einem Berliner Jobcenter: Polizisten mit Mundschutz sicherten gestern das Gebäude, nachdem eine 30-Jährige dort mit hohem Fieber zusammengebrochen war. Die Frau hatte sich zuvor in Nigeria aufgehalten. Sie und mehrere Personen, die Kontakt zu ihr hatten, wurden in eine Klinik gebracht. Die Ergebnisse der Tests am späten Abend schlossen eine Ebola-Infektion dann allerdings aus. Foto: dpa » **Tagesthemen S. 4**

Marode Brücke: Im Hildener Kreuz drohen Dauerstaus

VERKEHR Das Bauwerk, das die A 3 über die A 46 führt, soll abgerissen werden. Zudem wird die Rheinbrücke der A 1 neu gebaut.

Von Arnulf Ramcke

Hilden/Köln. 129 000 Autos fahren täglich über die Brücke der A 3 im Hildener Kreuz. Das sind 9000 Fahrzeuge mehr, als jeden Tag über die Rheinbrücke der A 1 zwischen Leverkusen und Köln-Fühlingsen rollen.

Die Folgen solch starker Frequentierung sind identisch: Nicht nur der Rheinbrücke fehlt es an Stabilität, auch die Brücke im Hildener Kreuz ist auffällig und soll abgerissen werden. Die Genehmigung für eine Übergangswegweise Nutzung läuft Ende 2017 aus.

Bis dahin will der Landesbetrieb Straßen NRW für geschätzte 14 Millionen Euro eine neue Tragekonstruktion

eingesetzt haben. Die Planungen dafür haben bereits begonnen.

Während der auf zwei Jahre veranschlagten Bauarbeiten sollen Behelfsbrücken weiterhin eine sechsspürige Verkehrsführung gewährleisten. Staus seien trotzdem nicht zu vermeiden, sagen die Experten.

Auf der A 46 könnte der Stillstand zur Regel werden

Sollte der Landesbetrieb parallel zu Hilden mit der Erneuerung der Rheinbrücke beginnen, „müssten die Autofahrer vielleicht in den sauren Apfel beißen“, sagt Joachim van Bebber von der Autobahnunterlassung Krefeld. Gemeint ist damit die Möglichkeit, dass dann die

A 46 zur Ausweichstrecke für die A 1 werden könnte – was sie bereits heute für viele Lastwagen schon ist. Für sie ist die Rheinbrücke gesperrt.

Auf der wichtigen Verbindungsstrecke zwischen Wuppertal und Düsseldorf sowie auf den umliegenden Autobahnen dürfte der Stillstand dann zur Regel werden. Van Bebber: „Man muss schauen, was machbar ist, um Umleitungen zu schaffen.“

Eine Option sei etwa die Sperrung des Hildener Kreuzes für den Schwerlastverkehr. Dadurch könne das dortige Brückenprojekt zeitlich etwas nach hinten verschoben werden, um die Kollision mit Bauaktivitäten an der Rheinbrücke zu vermeiden. „Das hängt aber von der Sicherheit der Brücke in Hilden ab, die wir sehr häufig überprüfen“, sagt van Bebber.

» **Hier und Heute S. 3**

KOMMENTAR

Von Arnulf Ramcke



Bewegung ist möglich

Individuelle Mobilität beginnt immer noch beim Auto. Dass die vermeintliche Selbstbestimmung in jedem Stau eine Parkpause einlegt, spielt keine Rolle. Paradox ist, dass zur Vermeidung des Stillstandes eben dieser durch jahrelange Ausbauarbeiten an Autobahnen aufrechterhalten wird. Wer durch Wuppertal fährt, kennt das von der A 46 seit mehr als zehn Jahren. Ein Mittel gegen den Stau ist die Einführung einer Autobahnmaut. Die kostet zwar unser Geld, lässt uns aber rollen – ganz individuell.

politik@wz-plus.de

Schwarz-Rot streitet über Waffenexport

RÜSTUNG Scharfe Kritik aus der Union an Gabriels Kurs.

Berlin. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will trotz Arbeitsplatz-Sorgen an seinem Blockadekurs bei vielen Rüstungsexporten festhalten. „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen“, zitierte Gabriel gestern nach einem Treffen mit Betriebsräten der Branche die politischen Grundsätze. Diese waren zu rot-grünen Zeiten beschlossen worden. Union und SPD hatten vereinbart, daran festzuhalten. Aus der Union kommt aber scharfe Kritik. „Was Gabriel macht, ist aus meiner Sicht eine Gefährdung der nationalen Sicherheit“, sagte CDU-Wirtschaftsexperte Joachim Pfeiffer. Red » **Tagesthemen S. 4**

Ist es richtig, Rüstungsexporte einzudämmen?

wz.de
 solinger-tageblatt.de
 rga-online.de

Merkel reist Samstag in die Ukraine

Moskau/Kiew. Der russische Präsident Wladimir Putin trifft am kommenden Dienstag auf seinen ukrainischen Kollegen Petro Poroschenko in Minsk. Beide nehmen laut Kreml an einem Gipfel der Zollunion teil. Es blieb unklar, ob es auch ein separates Treffen geben wird. Dies könnte Bewegung in das Ringen um eine Beilegung des Ukraine-Konflikts bedeuten. Am Samstag reist Kanzlerin Merkel (CDU) nach Kiew – ihr erster Besuch seit Beginn der Krise. Red » **Tagesthemen S. 5**

Firmen müssen Hackerangriffe künftig melden

INFRASTRUKTUR Regierung plant besseren Schutz sensibler Netze – beispielsweise in der Energie- und der Finanzbranche.

Berlin. Die Bundesregierung will kritische Infrastrukturen wie Energie- oder Telekommunikationsnetze besser vor Cyberattacken schützen. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) plant eine Pflicht für die Betreiber, Angriffe auf ihre Systeme unverzüglich zu melden.

Aus Angst vor Ansehensverlust sind Firmen allerdings sehr zurückhaltend da-

mit, zu offenbaren, wenn sie Opfer von Cyberattacken werden. Sie hatten daher auf Anonymität bei solchen Hinweisen gepocht. Die will ihnen die Regierung nun in den meisten Fällen zugestehen – nämlich dann, wenn eine Firma einen Angriff bemerkt, dadurch aber keine größeren Störungen entstehen. Kommt es dagegen zu einer Beeinträchtigung oder sogar

zu einem Ausfall der Infrastruktur, muss der Betreiber bei der Meldung den Namen nennen.

Das steht im Entwurf für das IT-Sicherheitsgesetz, den das Innenministerium gestern vorlegte. Die Firmen aus diesen sensiblen Bereichen sollen zwei Jahre Zeit bekommen, um

Deutschland ist zunehmend Ziel von Angriffen auf IT-Systeme. (dpa)

Mindeststandards zur IT-Sicherheit für ihre Branche festzulegen. Außerdem sind für die zuständigen Sicherheitsbehörden mehr Geld und Personal eingeplant.

Sicherheit kritischer Systeme soll oberste Priorität haben

Kritische Infrastrukturen sind Einrichtungen und Netze, die wesentlich für das öffentliche Leben sind und deren Störung oder Ausfall drastische Folgen haben würde. Darunter fallen Energie- oder Telekommunikationsnetze, Banken, Börsen, Versicherungen, Verwal-

tungsbehörden oder Einrichtungen zur medizinischen Versorgung, aber auch Verkehrsbetriebe oder Wasserversorger.

Deutschland sei zunehmend Ziel von Cyberangriffen und Cyberspionage, heißt es in dem Entwurf. „Die vielfach international agierenden Angreifer arbeiten immer professioneller und effizienter.“ Gerade der Schutz kritischer Infrastrukturen habe oberste Priorität. Red » **Kommentar S. 2**

» **Wirtschaft S. 13**